

# **OFFENE LINKE ANSBACH**

Die Offene Linke im Ansbacher Stadtrat  
[info@offene-linke-ansbach.de](mailto:info@offene-linke-ansbach.de)

Bäckergründlein 23 91522 Ansbach  
[www.offene-linke-ansbach.de](http://www.offene-linke-ansbach.de)

Ansbach, 07.12.2009

## **Erklärung zur Verabschiedung des Haushalts der Stadt Ansbach 2010**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

„die Kommunen sind in der Krise“, schlagen Lokalpolitiker jedweder Couleur von Flensburg bis Füssen Alarm. Das kommunale Selbstverwaltungsrecht sei in Gefahr, warnt der auch für Franken zuständige Bayerische Städtetag. Sind diese mahnenden Stimmen allesamt notorischer Schwarzmalerei anheim gefallen?

Ein Jahr nach dem Beinahe-Zusammenbruch des Banken- und Finanzsystems, der die Irrlehre von der Unfehlbarkeit der Selbstregulierungskräfte des sogenannten Freien Marktes demaskierte und gleichzeitig 500 Milliarden Euro an Volksvermögen für die Absicherung von spekulativem Kapital kostete, sitzen die Herrenreiter scheinbar schon wieder fest im Sattel.

Konsequenzen wurden jenseits schöner Sonntagsreden bekanntermaßen keine gezogen, außer dass anstatt einer vor sich hin dämmernden Traditionsparade dieses Mal auffällig viele Kälber gleich ihren Schlächter selber wählten. So sitzen nun in München und in Berlin die Marktradikalen am Regierungstisch. Und die wollen ihre Klientel bedienen.

Der Koalitionsvertrag sieht eine „Kommission zur Gewerbesteuerreform“ vor. Dechiffriert ist das nichts anderes als die alte FDP-Forderung nach der Abschaffung der Haupteinnahmequelle der Kommune. Auch die Folgen der Politik der sozialen Spaltung sollen weiter auf die Kommune abgewälzt werden: Mit den Stimmen der SPD beschloss der alte Bundestag in seiner letzten Sitzung am 07.10.09 die Bundeszuschüsse für die Kosten der Unterkunft im SGB von 26% auf 23,6% abzusenken.

Dem gestalterischen Handlungsspielraum der Kommunen werden so weitere Fesseln angelegt. Für den vorgeblich „systemrelevanten“ Erhalt von Bankimperien und katastrophaler Kriegseinsätze am Rande der Legalität im Hindukusch wird auch Ansbach bluten müssen. So schließt sich der Bogen der „Tour de Raison“, dem Versuch, einen Ausblick über die kommunale Käseglocke hinaus zu wagen.

Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren,  
wir in Ansbach sehen auf ein bewegtes Jahr zurück: Wir erinnern uns an das fortgesetzte Scheitern der Privatisierungspolitik vergangener Tage, das jetzt zu einer angeblichen „Rekommunalisierung“ der Stadtwerke geführt hat, die in Wahrheit keine ist. Für rund fünf Millionen Euro Beteiligung an der „Thüga-Neu“ hat die Stadt gerade einmal umgerechnet 0,16% der 40% privatisierten Anteile der hiesigen Werke zurückgewonnen. Da wären 20 Mio. für den kompletten Rückkauf der 40% wohl besser angelegt gewesen angesichts der schnellen Amortisierung durch den dann möglichen Einbehalt der bisherigen Gewinnabführungen an die Thüga. Aber genaueres erfährt die Öffentlichkeit nicht, die Gremien tagen schließlich weiterhin geheim und setzen Energiepreise bar demokratischer Kontrolle fest.

Dafür werden in Ansbach endlich Wahlversprechen erfüllt. „Privatisierungen auf den Prüfstand“ war Ihr Slogan, Frau Oberbürgermeisterin. Sie haben Wort gehalten: Die Reinigung öffentlicher Räume ist heuer privatisiert worden. Da kann man sich ein zynisches „Bravo!“ nicht verkneifen. Nur leider werden die millionenschweren Verträge Gewinn für Leiharbeitsfirmen bedeuten, die Menschen weit unter dem Armutslohn schaffen lassen, und eben keinen Gewinn für die Bevölkerung unserer Stadt.

Doch gab es zumindest in einem Bereich kein ausschließliches „Weiter so“ : Der 26. Mai 2009 ist ein historisches Datum. Unser Rat hat den einstimmigen Beschluss gefasst, die Auswirkungen der Militärbasis vor den Toren unserer Stadt als solches zu bezeichnen, was sie sind: Als unerträglich. Nachdem die alte Stadtspitze Aufrüstung und Ausbau des US-Standortes ohne Rücksicht auf die Bevölkerung und ohne Bedacht der Folgen vorangetrieben hat, müssen wir jetzt gemeinsam daran arbeiten, den Scherbenhaufen einer völlig verfehlten Stadtentwicklungspolitik abzutragen.

Ich glaube, ich muss Ihnen nicht die gerufenen Geister näher erläutern: Fluglärm, Gesundheits- und Umweltbelastung, Verkehrsprobleme, Steuergeldverschwendung, Kaufkraftverlust, Schäden für den Tourismus. Sie wissen, dass es für negative Image- und Wirtschaftsfaktoren, für Minderung der Lebens- und Wohnqualität im Ansbacher Osten, für Bauernenteignung sowie steuer- und rechtsfreien Raum in unserer Stadt ein einprägsames Synonym gibt: Urlas.

Nur mit vereinter Kraft kann es uns gelingen, den entstandenen Schaden für Ansbach zu minimieren. Das fängt damit an, dass Kolleginnen und Kollegen den Mut haben, alte Fehleinschätzungen in dieser Angelegenheit zu korrigieren.

Die Sachlage beim städtischen Haushalt sieht nicht eben rosiger aus: Nachdem das Tafelsilber größtenteils verscherbelt ist, müssen wohl auch die im Stadtrat verbliebenen Großprojektorer von Süd-Ost-Tangente und anderen Kosten-Nutzen-Geisterbahnen erkennen, dass das Geld nicht mehr aus dem Kaugummi-Automat kommt.

Für die Bezirksumlage ist 175.000 Euro zu wenig eingestellt. Die Absenkung des Bundeszuschusses bei den Kosten der Unterkunft würde den Haushalt mit rund 270.000 Euro zusätzlich belasten. Dass die SGB-Leistungen 2009 wohl bis zu einer Million über dem Ansatz liegen, lässt den Ansatz für 2010 ebenfalls sehr unrealistisch erscheinen. Alles in Allem kann beim vorliegenden Haushalt bildlich nicht nur von einer ausgepressten Zitrone gesprochen werden, sondern von einem Fass ohne Boden. Ein Nachtragshaushalt ist somit bereits vorprogrammiert.

Die Offene Linke hat ihre Einsparvorschläge stets frühzeitig eingebracht und offen diskutiert; wie im Nachtragshaushalt 2009 die OD Neuses, so im Haushalt 2010 den Rezatparkplatz. Die große Mehrheit des Hauses ist dann unseren Vorschlägen letztendlich auch gefolgt. Die Offene Linke will in die Menschen unserer Stadt investieren, nicht in erster Linie in Beton.

Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, gerade in der „Bundeshauptstadt der Leiharbeit“, die Ansbach mit einem Anteil von Leiharbeitern an den Beschäftigungsverhältnissen in Höhe von knapp 12% laut Hans-Böckler-Stiftung darstellt, ist es von grundlegender gesellschaftlicher Bedeutung, eine aktive Sozialpolitik zu betreiben.

Viele Menschen in unserem Gemeinwesen können trotz Vollzeitstelle nur durch ARGE-Aufstockungen zum Lohn sich und ihre Familie ernähren.

Die Kinder als schwächstes Glied unserer Gesellschaft sind von der unsozialen Arbeitsmarktpolitik ohne gesetzlichen Mindestlohn, bei gleichzeitigen Steuerentlastungen für

Reiche ohne Vermögensbesteuerung, besonders getroffen. Bundesweit galten 2009 26% aller Kinder laut Regierungsstatistik als arm. Ansbach ist hier keine Insel der Glückseligen.

Die Hartz-Gesetze werfen lange Schatten auch auf unsere Stadt. Dass dem vorbestraften Urheber dieser Gesetze der Ausgrenzung und des sozialen Kahlschlags ausgerechnet an der Rezat die CSU-Mittelstandsunion ein Sprungbrett zum politischen Comeback bauen wollte, verdient schon einen Extra-Platz im Ansbacher Kuriositätenkabinett. Dass ein solches Unterfangen bereits im Keim erstickt werden konnte, ist das Verdienst der wachsamem sozialen Bewegungen unserer Stadt.

Die Offene Linke hat die Erstellung eines Armutsbericht beantragt, die gegen die Stimmen der CSU auch angenommen wurde. Er liegt leider -auch über ein Jahr nach Beschlussfassung- immer noch nicht vor. Ein kommunaler Armutsbericht ist als Entscheidungsgrundlage zielgerichteter sozialer Hilfe längst überfällig.

Ziel unserer Kommune muss es sein, auch sozial benachteiligten Bürgerinnen und Bürgern Zugang zu Bildung, Kultur, Sport und Mobilität zu verschaffen. Der Antrag für einen Sozial- und Familienpass mit ausgearbeiteter Richtlinie wurde mehrfach beantragt, aber mit Mehrheit des Hauses abgelehnt.

Stattdessen haben wir jetzt eine sog. Pro-Jugend-Karte, die bedürftigen Kindern zwar ein Gnadengeld in Form eines 10-Euro-Einkaufsgutscheins gewährt, jedoch weder die Erlernung eines Musikinstruments, noch den Besuch des Aquellias ermöglicht. Insbesondere die Sozialdemokratie als selbst ernannter „Dreh- und Angelpunkt im Stadtrat“ muss sich fragen lassen, wie sie in Ansbach gesellschaftliche Teilhabe in Zukunft sichern und gestalten will.

Dass derzeit lieber in alt bewährter Rasenmähermethode über die Budgets im Bereich Bildung und Soziales gefahren wird, ist hingegen bittere Realität.

Dies sind Signale in eine denkbar falsche Richtung, die die Bevölkerung an ein „Deja-Vu“, an ein „Weiter so“ erinnern. Gleich lautende Anträge auf Rücknahme solcher pauschalen Kürzungen haben übrigens die Parteilosen der Mitte früher selbst schon gestellt, jedoch jetzt in ihrer neuen Rolle abgelehnt. Ich hoffe, dass die Halbwertszeit der BAP-Politik auf anderen Feldern eine etwas längere sein möge.

Die Studierenden in unserem Land stehen auf den Barrikaden. In Ansbach steht erstmals ein Bildungstreik an der Hochschule bevor. Sicherlich trägt die Stadt an der Bildungsmisere mit den selektiven Systemen, den unsozialen Zugangshürden und Studiengebühren, der Amerikanisierung und Verschulung des Studiums durch den Bachelor keine Schuld. Allerdings ist in Ansbach im Gegensatz zu vielen anderen Hochschulstandorten keine Gegensteuerung auf kommunaler Ebene erkennbar. Wir lassen uns eher vom Freistaat die Pistole auf die Brust setzen und finanzieren originäre Landesaufgaben beim FH-Ausbau.

Es wird stattdessen beklagt, dass so wenig Studierende ihren Erstwohnsitz nach Ansbach verlegen. Gleichzeitig werden Vorschläge für Anreizsysteme, wie Bonuskarten oder zumindest Begrüßungspakete der Stadt, sowie Ansätze zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums, gerade angesichts der Steigerung der Studierendenzahlen auf 2.600 bis 2011, schlichtweg beiseite gewischt. Eher mokierte man sich darüber, dass die Studierenden Parkplätze weg nehmen würden, wobei die Kommune in Folge ihrer Passivität bei der Integration der Studentinnen und Studenten das Einpendeln selbst noch befördert.

Ich habe inzwischen den Eindruck gewonnen, dass sich unser Rat nicht bewusst ist, welches Potenzial für die Zukunft unserer Stadt er brach liegen lässt.

Zukunft für Ansbach schafft das bürgerliche Engagement, gerade das Engagement für die Jugend. Zahlreiche Menschen unserer Stadt halten das Gemeinschaftsleben durch ihre ehrenamtliche Arbeit aufrecht und entwickeln es weiter.

Ziel der Offenen Linken ist es, für diese oft heterogenen Spektren ein Begegnungszentrum zu schaffen: Ein offenes Bürgerhaus, wie es in vergleichbaren Städten längst Usus ist.

Im Herzen Ansbachs gelegen, bietet das Jugendzentrum potenzielle Entwicklungsmöglichkeiten auch in diese Richtung. Leider ist der richtungsweisende Antrag der Offenen Linken, 2010 zumindest das seit Langem versprochene Gesamtkonzept und die Sanierungsplanung in Angriff zu nehmen, zum wiederholten Male nicht im Vermögenshaushalt verankert worden. Wie wichtig generell der Ausbau und die Schaffung präventiver Angebote im Jugendbereich ist, haben uns nicht nur die schrecklichen Ereignisse des 17. September am Carolinum vor Augen geführt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es war mir von großer Bedeutung, in Zeiten einer angespannten Finanzlage unserer Stadt und vor dem Hintergrund des fortschreitenden Abwälzens von Aufgaben von Land und Bund auf die Kommune, auf dem Papier vorhandene Möglichkeiten einer progressiven Mehrheit links der Mitte und jenseits des dogmatischen Drittels auf der Rechten zu unterstützen.

Ich hätte daher auch in diesem Jahr einen Haushalt mitgetragen, der nicht alle Wünsche und Notwendigkeiten berücksichtigt. Der vorliegende Haushaltsentwurf enthält jedoch nicht einmal Investitionen in die Menschen unserer Stadt, die mit geringen Mitteln im Verwaltungshaushalt wenigstens den Ansatz einer sozialpolitischen Lenkungswirkung entfaltet hätten. Weiterhin wird Sozialpolitik in Ansbach lediglich als „Pflichtleistung“ kategorisiert, nicht als zentrale Integrationsaufgabe der Kommune.

Auch in anderen beschriebenen Bereichen sehe ich im Haushalt mehr Stillstand als Visionen, mehr Lethargie als Gestaltungswille, mehr „Weiter so“ als Mut zur Veränderung. Der Haushaltsentwurf 2010 trägt keine progressive Handschrift.

Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, ich werde dem vorliegenden Werk unter diesen Umständen nicht zustimmen.

Ich versichere Ihnen jedoch, dass sich die Offene Linke im Gegensatz zur CSU auch in Zukunft konstruktiv für die Gestaltung unseres Gemeinwesens einbringen wird. Das wird die Offene Linke weiterhin verantwortungsbewusst und konsequent tun, immerhin haben wir als einzige Gruppierung zu allen Anträgen stets auch konkrete Deckungsvorschläge geliefert.

Mein abschließender Dank gilt dem Finanzreferenten Herrn Schwarzbeck und dem Team der Kämmerei, die auch in Anbetracht tiefer Haushaltslöcher schwindelfrei geblieben sind.

Meine Wünsche gelten der Frau Oberbürgermeisterin, die ich auf dem versprochenen Weg zu mehr Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger sowie zu mehr Demokratie und Gleichberechtigung im Stadtrat bestärken möchte.

Mit Nachdruck möchte ich Sie, Frau Oberbürgermeisterin, aber im selben Atemzug daran erinnern, dass Sie mit weiteren Privatisierungen und passiver Verwaltung selbst geschaffener oder von außen diktiert Missstände allzu schnell von diesem Weg abkommen können.

Auch unserem Rat wünsche ich Mut, verantwortungsbewusste Gestaltungsfreude und die Einsicht, dass wir mehrheitlich nicht für ein „Weiter so“ gewählt wurden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat